Die geteilte Stadt

In New York gehen schwarze und weiße Kinder meistens getrennt zur Schule. Wieso ist es so schwer, daran etwas zu ändern?

Den Status eines New Yorkers erkennt man an seiner Adresse. Wer in den Lincoln Towers auf der Westseite des Central Park lebt, gehört zu den Wohlhabenden. In der Nähe befinden sich der Trump International Tower und die Met, das berühmte Opernhaus. Die Wohnungen der sechs Lincoln Towers, die in den 1960er-Jahren gebaut wurden, kosten heute bis zu eine Million Dollar. Dafür haben die Bewohner_innenzugang zu einem gepflegten Park, ein Sicherheitsmann hält ihnen die Tür auf. Die meisten, die hier leben, sind weiß.

Keine zwei Blocks entfernt beginnt eine andere Welt. »Herumlungern verboten«, warnt ein Schild an einem der Backsteinkästen der Amsterdam Houses, die in den 1940er-Jahren gebaut wurden. Einst galten die Häuser als vorbildlich integrierter sozialer Wohnungsbau. Heute stellen Afroamerikaner und Latinos die Mehrheit der Bewohner.

Auch in den Schulen blieb man lange unter sich. Die Kinder der Lincoln Towers besuchten die Public School 199 (PS 199), ein schmuckes Gebäude mit einer modernistischen Säulenfassade, ein Meisterstück des Architekten Edward Durell Stone. Die Kinder der Amsterdam Houses gingen auf die PS 191, untergebracht in einem gelblich getünchten Kasten, eine Schule, die die Behörden jahrelang als »nachhaltig gefährlich« einstuften. Während 79 Prozent der Schüler der PS 199 den staatlichen Mathetest bestanden, waren es bei PS 191 gerade mal 11 Prozent. »Schul-Apartheid« nennt das Taylor McGraw, ein Pädagoge und Bildungsaktivist. »Niemand kann etwas für seine Eltern«, sagt die 17 Jahre alte Ayana Smith; sie ist Aktivistin bei Teens take Charge, einer Schülerorganisation, die sich gegen die Diskriminierung im New Yorker Schulsystem wehrt. Ein Ende der Segregation, glaubt sie, ist auch für weiße Kinder wichtig. »Sie müssen uns und unsere Lebensrealität kennenlernen.« Ihre Erfahrungen seien zwar unterschiedlich, aber gleich wertvoll.

»Soll ich meinem Elfjährigen sagen, dass er sich ganz umsonst angestrengt hat, dass er jetzt auf eine Schule gehen muss, die ihm nicht die gleiche Bildung bieten wird, dass das Leben einfach scheiße ist?«

Denn die Trennung nach Herkunft an der Upper West Side Manhattans ist keine Ausnahme im New Yorker Schulsystem mit seinen 1800 Schulen und 1,13 Millionen Schülern, dem größten in den USA.

Lange rührte niemand an diesem offenen Geheimnis. New Yorker schmücken sich gern mit dem Ruf, weltoffener zu sein als ihre Landsleute im Hinterland. Es passt so gar nicht zum Selbstverständnis als Hauptstadt des liberalen Amerikas, dass die Schulen dort seit Jahrzehnten nach Hautfarbe sortiert sind. Bürgermeister Bill de Blasio, dem man Ambitionen auf das Präsidentenamt nachsagt, gewann die Wahl 2013, weil er versprach, New Yorks »tale of two cities« umzukehren, die Geschichte der fortschreitenden Teilung der Stadt in Arm und Reich. Er wollte dafür die »Fundamente des New Yorker Bildungssystems« erschüttern.

Fünf Jahre später sind die Fortschritte kaum messbar. Widerstand kommt vor allem von der weißen Mittelschicht, aus der de Blasio viele Stimmen erhalten hat. Der Kampf für mehr Chancengleichheit hat unter der progressiven Oberfläche eine toxische Mischung aus Vorurteilen, Ressentiments und Existenzängsten freigelegt.

Wie vergiftet die Atmosphäre ist, zeigte sich, als die Stadt die Schulzonen an der Upper West Side neu einteilte: Einige Kinder der Amsterdam Houses sollten künftig auf die PS 199 gehen, einige Kinder aus den reichen Lincoln Towers hingegen auf die PS 191. Um den Eltern die Änderung schmackhaft zu machen, spendierte die Stadt ein Gebäude und einen neuen Namen für PS 191, »School of Makers and Artists«. Es half nichts: Als der Plan 2016 vorgestellt wurde, gab es Proteste von Bewohnern der Lincoln Towers. Sogar ein Senator des Staates New York reiste an, um die Eltern zu unterstützen. Die Entscheidung werde eine »gewachsene Gemeinschaft zerreißen«, klagte er, eine »willkürliche Grenze« werde durch die Spielplätze gezogen.

Die Schulbehörde ließ sich nicht beirren. Doch als sie im

vergangenen Frühjahr einen Plan vorstellte, der auch die weiterführenden Mittelschulen integrieren sollte, wurde der Protest noch schriller. Denn nur wer es auf eine der »guten« Middle Schools schafft, hat später eine Chance, auf eine der besonders angesehenen High Schools zu kommen, um deren Absolventen sich die Eliteuniversitäten des Landes reißen. Der Plan der Schulbehörde sieht vor, künftig ein Viertel der Plätze der begehrten Mittelschulen an Schüler zu vergeben, die in der Grundschule unterdurchschnittliche Leistungen zeigten; es sind meist Kinder, die von schwächeren Grundschulen kommen, in denen Afroamerikaner und Latinos die Mehrheit stellen und viele Familien so wenig Geld haben, dass die Kinder das Mittagessen in der Schule gratis bekommen. Erhalten sie nun ein Viertel der Plätze, schrumpft das Angebot für die Absolventen privilegierter Schulen. Bei einem Informationsabend an der PS 199 im vergangenen April brach ein lautstarker Streit zwischen Schulvertretern und Eltern aus, den ein Fernsehteam aufzeichnete: »Soll ich meinem Elfjährigen sagen, dass er sich ganz umsonst angestrengt hat, dass er jetzt auf eine Schule gehen muss, die ihm nicht die gleiche Bildung bieten wird, dass das Leben einfach scheiße ist?«, schrie eine weiße Mutter. Da ergriff ein bärtiger Mittfünfziger das Mikrofon. Den Anwesenden gehe es um nichts anderes, als ihren privilegierten Kindern weitere Vorteile zu sichern, auf Kosten von Kindern, die enorm benachteiligt seien; das sei »ungeheuer abstoßend«, sagte er. Der Mann musste es wissen, es war Henry Zymeck, der Direktor der Computer School, einer der begehrten Middle Schools. Das Video machte Schlagzeilen. Der New Yorker Schuldezernent Richard Carranza verlinkte es bei Twitter: Reiche weiße Manhattan-Eltern geifern gegen Plan, schwarze Kinder in ihre Schule zu bringen«.

Die TV-Prominenz sei nicht seine Absicht gewesen, sagt Zymeck in seinem spartanisch eingerichteten Büro. Er fürchtet, dass seine Botschaft durch die Aufregung untergegangen ist: Vielfalt sei kein Nachteil, sondern ein Vorteil für Schüler. Das hätten nicht nur Studien gezeigt, es sei auch seine Erfahrung. Seit 27 Jahren arbeitet Zymeck an der Computer School, erst als Lehrer, dann als Direktor. Er selbst wuchs in der Bronx auf, »es ging rau zu, aber es hat mir nicht geschadet, im Gegenteil«, sagt er heute. Integration ist für Zymeck eine Notwendigkeit. 2045 wird die Mehrheit der US-Bürger nicht mehr weiß sein. »Wenn wir als Land erfolgreich bleiben wollen, müssen wir lernen, besser miteinander zu leben.«

Doch die Vorurteile sitzen tief. Auch an einer Middle School in einem wohlhabenden Teil Brooklyns. Bislang besuchen nur acht Prozent afroamerikanische Schüler diese Schule. Ob denn die Schule noch sicher sei, wenn künftig »diese anderen Kinder« aufgenommen würden, fragen Eltern die Elternbeirätin. Ob denn die neuen Schüler mithalten könnten, fragen Lehrer den Schulleiter. Ob es denn bald noch passend sei, die jährliche Spendenaktion, ein Whiskey tasting, im eigenen Townhouse stattfinden zu lassen, fragt eine Mutter beim Elternverein.

Eltern sind eine Macht in New York. Ihre Spenden sind wie ein zweiter Etat, aus dem Computer, Klassenfahrten, manchmal auch zusätzliche Lehrer bezahlt werden. 2010 betrugen die Schulspenden US-weit 425 Millionen Dollar, gegenüber 1995 hatte die Summe sich fast verdreifacht. 18 der 50 Schulen mit den höchsten Spenden befinden sich in New York, so eine Studie des Center for American Progress.

Es ist nicht das erste Mal, dass sich weiße New Yorker vehement gegen die Integration der Schulen wehren. 1954 entschied der Su preme Court im Fall »Brown v. Board of Education«, dass Vorschriften der Bundesstaaten zur Rassentrennung in Schulen unzulässig seien. Das erzwang vor allem in den Südstaaten die Integration. Beim sogenannten busing wurden afroamerikanische Schüler mit Bussen – teil-weise unter Polizeischutz – zum Schulbesuch in weiße Nachbarschaften gefahren, weiße Schüler in schwarze Viertel. New York hatte zwar keine gesetzliche Rassentrennung, doch die jahrzehntelange Diskriminierung durch Vermieter, Banken und Immobilienmakler hatte dazu geführt, dass die Segregation in der Metropole mit der größten schwarzen Bevölkerung kaum weniger deutlich ausfiel als in den früheren Sklavenhalterstaaten. Als Bürgerrechtler Ende der 1950er-Jahre auch in New York auf busing drängten, reagierten weiße Eltern nicht anders als heute die Bewohner der Lincoln Towers. Aus Angst vor einer Verstärkung des »white flight«, der Flucht der weißen Familien in die Vorstädte, gab die Stadt nach. Die Folgen sind bis heute spürbar: Nur 15 Prozent der Schüler im New Yorker öffentlichen Schulsystem sind weiß, und die Hälfte von ihnen verteilt sich auf nur elf Prozent der Schulen, überwiegend die leistungs stärksten. Sechzig Jahre nach »Brown v. Board of Education« erlebten Schwarze in New York mehr Rassentrennung als in den Südstaaten, hieß es 2014 in einem Bericht der University of California. »New York hat sich seiner rassistischen Vergangenheit nie gestellt«, sagt der Bildungsrechtler McGraw.

Nach dem Scheitern des busing versuchten es Bürgerrechtler und Stadtobere mit freiwilligen Maßnahmen. Spezielle Programme für musisch Begabte sollten weiße Eltern an

Die dunkle Seite der Stadt, die niemals schläft, währt nicht nur 12, sondern 24 Stunden...

gemischte öffentliche Schulen locken. In den Neunzigern sollten sich Schulleiter und Lehrer dem Wettbewerb um die Gunst der Eltern stellen und dadurch die Leistungen der Schüler verbessern. Heute besuchen 40 Prozent aller Kindergartenkinder – so heißen die Erstklässler in den USA – eine Schule, die außerhalb des Bezirks liegt, in dem sie wohnen. Im Prinzip können sich alle Eltern eine andere Schule suchen, überwiegend nutzen dies Familien mit höherem Einkommen, zeigt eine neue Studie der New Yorker New School. Sie haben die Ressourcen, sich zu informieren und Hürden wie Aufnahmetests zu nehmen. Das erklärt, warum sich in bisher mehrheitlich von Minderheiten bewohnten Gegenden, in die in den vergangenen Jahren wohlhabendere, meist weiße Familien zugezogen sind, der Anteil an weißen Schülern in den Nachbarschaftsschulen nicht nennenswert erhöht hat. Statt, wie ursprünglich erhofft, der Segregation entgegenzuwirken, trägt die freie Schulwahl dazu bei, dass nicht nur nach Hautfarbe sortiert wird, sondern auch nach sozialem Status und ökonomischer Ausstattung. Die freie Schulwahl passte sehr gut ins Konzept von de Blasios Vorgänger: Michael Bloomberg, der seine Milliarden mit Finanzinformationen verdient hat, war ein Anhänger von mehr Markt in der Bildung. So förderte er Charter Schools, die wie private Betriebe geführt werden, jedoch vom Steuerzahler finanziert sind. Sie gehören heute zu den segregiertesten Schulen New Yorks: In 90 Prozent dieser Einrichtungen liegt der Anteil weißer Kinder unter zehn Prozent, in 73 Prozent sind es weniger als ein Prozent, wie eine Studie der University of California zeigt.

Wie vertrackt es ist, für das Problem eine Lösung zu finden, zeigt die Reaktion auf de Blasios Vorstoß, die Aufnahmekriterien für die spezialisierten High Schools zu ändern. Wer es auf eine dieser acht Schulen schafft, hat einen Platz an einer amerikanischen Elite-Uni nahezu sicher. Wer sie besuchen will, muss einen Eignungstest bestehen. Im Prinzip kann sich jeder New Yorker Mittelschüler qualifizieren. Tatsache ist jedoch, dass es nur zehn Prozent Afroamerikaner und Latinos auf diese Elite-High-Schools schaffen. Und das, obwohl diese Minderheiten insgesamt 70 Prozent der New Yorker Schüler stellen. Die Schüler kommen fast ausschließlich von 29 der 600 Middle Schools der Stadt.

De Blasios Plan sah vor, auf den Test zu verzichten und stattdessen die besten sieben Prozent der Schüler aus allen Middle Schools zu rekrutieren. Der Widerspruch kam umgehend – von Amerikanern mit asiatischen Wurzeln. Sie stellen seit einigen Jahren die Mehrheit an den Specialized High Schools. Das liegt auch daran, dass sich ihre Kinder von Tutoren auf den Test vorbereiten lassen, was den Familien hohe Summen und große Opfer abverlangt. In Internetforen unterstellten Vertreter asiatischer Einwanderergruppen, de Blasio verlange die Änderung an den Specialized High Schools nur, weil die weißen Schüler dort nicht mehr in der Mehrheit seien.

Das Hauptargument der Gegner von de Blasios Plan lautet, die neuen Regeln würden das Niveau der Schulen senken. Das macht Ayana Smith, die Aktivistin von Teens Take Charge, wütend. »Minderheiten Zugang zu diesen Schulen zu verschaffen heißt nicht, dass er Schülern weggenommen wird, die ihn mehr verdienen«, sagt sie. Sie habe schon als Kind gemerkt, dass sie zu den Vernachlässigten gehörte, erzählt sie. In ihrer Grundschule fehlte es an Lehrbüchern, die Klassen waren überfüllt, die Lehrer überfordert, viele Stunden fielen aus. Über eine Freundin erfuhr sie von einem Förderprogramm für gute Schüler aus einkommensschwachen Familien und wurde aufgenommen. Da erst habe sie gemerkt, wie groß ihr Rückstand gegenüber Gleichaltrigen war, sagt Ayana. Weil ihr Vater durch einen Unfall behindert ist, verdient ihre Mutter als Kran-

Foto: Pixabay (common)

… Ähnlichkeiten mit noch anderen auf der Welt existierenden Städten sind rein zufällig

kenschwester den Unterhalt für die Familie. Immer wieder landeten sie im Obdachlosenheim. Manchmal hatte Ayana nicht einmal einen Tisch, um Hausaufgaben zu machen.

Angesichts von Ayanas Benachteiligung wirken die Beschwerden der weißen Mittelschichteltern kaltschnäuzig. Doch sie sehen sich in einem immer schärferen Kampf um den Klassenerhalt. Das Gefühl hat sich nach der Finanzkrise verschärft. Während die Superreichen, die zum obersten Prozent der Verdiener gehören, kaum Einbußen hatten, verloren viele der wohlsituierten New Yorker ihre Jobs. Sie konnten sich die Privatschulen, die 40.000 Dollar und mehr im Jahr kosten, nicht mehr leisten. Ihre Kinder gehen nun auf öffentliche Schulen, an deren Qualität sie zuvor zweifelten. Bildung ist für sie nicht mehr der Weg zur Chancengleichheit und zu einer gerechteren Gesellschaft. Bildung ist für sie zur Versicherung gegen den sozialen Abstieg ihrer Kinder geworden. Das ist es, was den Kampf gegen Ungerechtigkeit in der Bildung an New Yorks Schulen so schwierig macht.

HEIKE BUCHTER

Abdruck aus: DIE ZEIT Nr. 3
vom 10. Januar 2019, S. 63/64

Holger-Cassens-Preis 2019

Patriotische Gesellschaft

„Bildung als gemeinsame Aufgabe“ soll heißen, Bildung, Erziehung und Beratung junger Menschen und ihrer Familien in benachteiligten Lebenslagen werden in sozialräumlicher Zusammenarbeit weiterentwickelt.

Der Holger-Cassens-Preis wird 2019 zum elften Mal vergeben. Der Preis ist mit 10.000 Euro dotiert. **Preiswürdig sind Projekte in Hamburg, die jungen Menschen** (auch in Bezug auf ihre Familien, Milieus, päda- gogische Einrichtungen, Vereine usw.) **in benachteiligten Lebenslagen Bildungs- und Kulturangebote machen.**

Bewerbungsverfahren

Richten Sie Ihre Bewerbungen bitte bevorzugt als pdf-Datei per E-Mail mit einer Gesamtgröße von maximal 3 MB bis zum 31. Mai 2019 unter dem Stichwort „Holger-Cassens-Preis 2019“ an: info@patriotische-gesellschaft.de.